



Ein Teil der Wohnblöcke in der Beeskower Poststraße wird von der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH verwaltet. In der Nummer 33 befragten wir Mieter, was sie von der höheren Miete, die sie ab Oktober zahlen müssen, halten.

# Die Mietbescheide sind ausgehändigt

Höhere Mieten decken die Kosten nicht ab – die Sparkasse hilft mit günstigen Krediten

Etwa 1540 Wohnungen werden gegenwärtig von der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH verwaltet. Mitarbeiter dieser Gesellschaft waren dieser Tage unterwegs, um den Mietern die neuen Mieterhöhungsbescheide auszuhändigen. Mit den Billigmieten von 0,30 bis 0,90 DM pro Quadratmeter ist es nun ab Oktober vorbei.

„Viele Mieter hatten höhere Miete erwartet, andere wiederum meinten, die Wohnungen sind den ab Oktober zu zahlenden Mieten nicht angemessen“, verwies die Geschäftsführerin Frau Wagner im Hinblick auf die bei der Übergabe der Mietbescheide geführten Gespräche.

Man weiß bei der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft, daß viele Schäden an den Wohnungen auf die Handwerker warten, jedoch sieht es mit dem dazu benötigten Geld nicht so rosig aus. „Die 400 000

DM Bereitschaftshilfen im Quartal vom Land gibt's ab Oktober nicht mehr“, erzählt die Chefin. Auf gut Deutsch heißt das, daß ab Oktober alle Subventionen wegfallen und sich der Betrieb alleine tragen muß! Und so ist mit 1 DM Grundmittelerhöhung pro Quadratmeter in puncto Instandhaltung so gut wie gar nichts zu machen.

Daß man aber dieser kommenden Misere nicht kopfhängend gegenübersteht, beweisen die Erneuerungen der Außenfassade am Bahnhofsblock, die Wärmedämmungsmaßnahmen sowie Dachsanierungen am Kiefernweg und im Fontaneviertel. In diesem Zusammenhang galt das Lob von Frau Wagner der Beeskower Sparkasse, die mit Krediten zu sehr guten Konditionen geholfen hat. „Direktor Hünemörder will auf seine Weise mithelfen, daß die Leute vernünftig wohnen können und so-

mit die Mietpreiserhöhung auch gerechtfertigt ist. Weitere Kredithilfe wurde von seiner Sparkasse zugesagt.“ Damit wird es im nächsten Jahr möglich sein, jedenfalls ist es das Vorhaben der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft, erheblich zu sanieren.

„Die Mieterhöhungen sind ja gar nicht so schlimm“, meint die Wohnungsverwaltungschefin. „Was die Mieter allerdings viel Geld kosten wird, sind die Betriebskosten. Mit anderen Worten das Wasser; die Müllabfuhr, Energie, Schornsteingeld...“ Sie rät jedoch dringend: „Wer ab Oktober durch die höheren Mieten zum Sozialfall wird, sollte sich nicht scheuen, zum Sozialamt zu gehen. Diejenigen, die entsprechendes niedriges Einkommen haben, sollten Wohngeld beantragen.“

MARLENE FRIEDRICH